Deutscher Bundestag **Drucksache 15/2183**

15. Wahlperiode 10. 12. 2003

Beschlussempfehlung und Bericht

des Ausschusses für Wirtschaft und Arbeit (9. Ausschuss)

zu dem Antrag der Abgeordneten Dr. Werner Hoyer, Rainer Brüderle, Daniel Bahr (Münster), weiterer Abgeordneter und der Fraktion der FDP – Drucksache 15/1712 –

Daseinsvorsorge nicht gegen Wettbewerb ausspielen

A. Problem

Zu viele Wirtschaftsbereiche sind nach Auffassung der Antragsteller im Rahmen der Daseinsvorsorge dem Wettbewerb entzogen. Die Europäische Kommission soll ermutigt werden, Wettbewerb weiter zu fördern und, wo immer möglich, zuzulassen und staatliche Eingriffe auf den notwendigen Bereich zu reduzieren. Für die Daseinsvorsorge soll von der Bundesregierung ein Konzept erarbeitet und in das Leitbild der offenen Wettbewerbswirtschaft eingebettet werden. In diesem Bereich sollen staatliche Unternehmen transparenter, Beihilfen und Subventionen beschränkt und Quersubventionen verhindert werden.

B. Lösung

Ablehnung des Antrags mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU/CSU

C. Alternativen

Keine

D. Kosten

Kosten wurden nicht erörtert.

Beschlussempfehlung

Der Bundestag wolle beschließen,

den Antrag – Drucksache 15/1712 – abzulehnen.

Berlin, den 10. Dezember 2003

Der Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit

Dr. Rainer Wend	**Doris Barnett**
Vorsitzender	Berichterstatterin

Bericht der Abgeordneten Doris Barnett

I. Überweisung und Voten der mitberatenden Ausschüsse

Der Antrag auf Drucksache 15/1712 wurde in der 72. Sitzung des Deutschen Bundestages am 6. November 2003 an den Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit zur federführenden Beratung und an den Innenausschuss, den Rechtsausschuss, den Ausschuss für Gesundheit und Soziale Sicherung und den Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union zur Mitberatung überwiesen.

Der **Innenausschuss** hat den Antrag in seiner 26. Sitzung am 10. Dezember 2003 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU/CSU empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Rechtsausschuss** hat den Antrag in seiner 35. Sitzung am 10. Dezember 2003 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU/CSU empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für Gesundheit und Soziale Sicherung** hat den Antrag in seiner 47. Sitzung am 10. Dezember 2003 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU/CSU empfohlen, den Antrag abzulehnen.

Der **Ausschuss für die Angelegenheiten der Europäischen Union** hat den Antrag in seiner 36. Sitzung am 10. Dezember 2003 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU/CSU empfohlen, den Antrag abzulehnen.

II. Wesentlicher Inhalt des Antrages

In dem Antrag der Fraktion der FDP wird gefordert, dass zu Gunsten der Verbraucher freier Wettbewerb und Transparenz verstärkt werden. Dazu soll die Bundesregierung die Europäische Kommission ermutigen, den Wettbewerb weiterhin zu fördern und die Nationalstaaten im Hinblick auf die Reduzierung der staatlichen Eingriffe im Rahmen der Daseinsvorsorge und Schaffung von Wettbewerb zu überprüfen.

Die Bundesregierung soll in einem Konzept die Wirtschaftsbereiche, die zur Daseinsvorsorge zählen, klar definieren und eng begrenzen und dieses Konzept in die offene Wettbewerbswirtschaft einbetten. Die staatlichen Unternehmen im Bereich der Daseinsvorsorge sollen durch eine klare Buchführung transparent machen und Rechenschaft darüber ablegen, wie öffentliche Mittel verwendet werden. Staatliche Beihilfen und Subventionen sind in der Daseinsvorsorge zu beschränken und Quersubventionen zu verhindern. Im schon privatisierten Bereich soll durch die Sicherstellung von Wettbewerb gewährleistet werden, dass auch mittelständische Unternehmen zum Zuge kommen. Die Bundesregierung soll ferner dem Deutschen Bundestag jährlich über die Erfolge und Probleme bei der Deregulierung staatlichen Handelns in der Daseinsvorsorge berichten.

Wegen der Einzelheiten wird auf die Drucksache 15/1712 verwiesen.

III. Abstimmungsergebnis im federführenden Ausschuss

Der **Ausschuss für Wirtschaft und Arbeit** hat den Antrag in seiner 43. Sitzung am 10. Dezember 2003 beraten und mit den Stimmen der Fraktionen SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN gegen die Stimmen der Fraktion der FDP bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU/CSU beschlossen, die Ablehnung des Antrages zu empfehlen.

Berlin, den 10. Dezember 2003

Doris Barnett
Berichterstatterin



Gesamtherstellung: H. Heenemann GmbH & Co., Buch- und Offsetdruckerei, Bessemerstraße 83–91, 12103 Berlin
Vertrieb: Bundesanzeiger Verlagsgesellschaft mbH, Amsterdamer Str. 192, 50735 Köln, Telefon (02 21) 97 66 83 40, Telefax (02 21) 97 66 83 44
ISSN 0722-8333